

Unimut

ZEITUNG DER UNI HEIDELBERG
14.12.1989 AUFLAGE: 2500 NR. 13

Forschen statt Lehren

Die Kommission "Forschung 2000" legt ihren Abschlussbericht vor

Die von der Landesregierung 1987 eingesetzte Kommission "Forschung 2000" hat ihre Arbeit beendet. Hauptpunkte ihres Berichts (über 200 Seiten stark), der Aussagen zur Lage an Baden-Württembergs Unis treffen sollte: Die Finanzierungsprogramme der Landesregierung, die selektiv einzelne Forschungsschwerpunkte insbesondere auf dem Gebiet sogenannter Zukunftstechnologien fördern, sollen fortgeführt werden (Grundtenor: Spezialisierung der einzelnen Unis bringt mehr als ein breites Angebot überall). Außerdem wird die Einrichtung eines Landesforschungsbeirats - bestehend aus Experten, der Landesrektorenkonferenz und VertreterInnen der zuständigen Ministerien - empfohlen. Um einmal zu sehen, wie diese Kommission einzuordnen ist, und um einschätzen zu können, welche Auswirkungen die Empfehlungen der Kommission auf die Politik der Landesregierung haben werden, hier ein kurzer Überblick über die Hochschulpolitik in Baden-Württemberg in den letzten Jahren:

1982 - Eine erste Forschungskommission wird eingerichtet; aufgrund ihrer Empfehlungen richtet die Landesrektorenkonferenz bis 1986 an den Unis neue, technikorientierte Fächer ein. Kosten: mind. 400 Millionen DM.

1983 - Erstes Gespräch in Tonbach. Die Landesrektorenkonferenz sichert zu, keine Stellenstreichungen mehr vorzunehmen. Auf der anderen Seite bekommen die Unis auch keine neuen Stellen mehr zugewiesen und verpflichten sich, "zukunftstechnologische" Forschungsschwerpunkte einzurichten.

Termin:

Wem hat sie nicht gefallen, die letzte Sommeruni? Die nächste ist bereits in der Mache, ein AK hat sich gebildet, und wie jeder AK kann er Verstärkung gebrauchen. Wer also an der Organisation der nächsten Sommeruni mitwirken will, sollte am 15.1. um 20 Uhr in den Kasträ kommen!

1984 - Tonbach II. Die Unis haben in den Augen der Landesrektorenkonferenz nur in ungenügendem Ausmaß neue Forschungsbereiche aufgebaut. Sie verspricht nun Geld und Stellen dafür. Die Unis verpflichten sich nochmals.

1986 - Tonbach III. Die Unis haben erneut die Erwartungen der Landesrektorenkonferenz nicht erfüllt. Die Landesrektorenkonferenz will nun zentral Forschungsschwerpunkte planen und setzt die Kommission "Forschung 2000" ein.

Nov. 1989 - Tonbach IV. Die Kommission legt ihren Abschlussbericht vor und verlangt in ihm stärkere Spezialisierung an den Unis und Konzentration auf Zukunftstechnologien. Aufgrund der negativen Er-

fahrungen mit den Zusicherungen der Unis möchte sie ein zentrales Planungsgremium einrichten, den Landeshochschulbeirat.

An diesem Abschlußbericht sind sicher viele Dinge zu kritisieren. So hat ihn z.B. der Senat der Uni Heidelberg abgelehnt, weil er ihm zu sehr in die Autonomie der einzelnen Universitäten eingreift. Viel mehr kann entsetzen, wie stiefmütterlich wieder einmal die Geisteswissenschaften behandelt werden: Im allgemeinen Teil werden sie mit ein paar Floskeln für "wichtig" erklärt, im Teil mit den konkreten Vorschlägen kommen sie nicht vor.

Die in diesem Bericht formulierten Vorstellungen werden in nächster Zeit Richtlinien für die Baden-

weiter auf S.2

Schön übel

Einsichten in die Ästhetik

des "Bundes zur Verbreitung unerwünschter Einsichten"

Seit einiger Zeit macht er durch leuchtend schöne Plakate und -scheinbar - linke Veranstaltungen auf sich aufmerksam: Der Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten (BzVuE).

Bei genauerem Hinsehen entpuppt er sich als Ableger einer im gesamten Bundesgebiet auftretenden Vereinigung, die aus der Marxistisch-Reichstischen Initiative (MRI) entstand, aber nicht zur sogenannten Neuen Linken gezählt werden kann, da sie die 68er Marx-Rezeption aufgenommen hat.

Einer ihrer Vordenker, der Diplompsychologe Hoevens (Redner der letzten hiesigen Veranstaltung des BzVuE) propagiert die "Befreiung der Sexualität" und wirft den Linken vor, ihr sexuelles Verhalten schwänke "zwischen sehr klebrigen, eheähnlichen 'Zweierbeziehungen' oder lustloser Promiskuität...; was dabei sorgfältig vermieden wird, ist das, was ich als 'erotische Steigerung der Individualität' bezeichnen möchte und was in Affinität zur klassisch poetischen

Hochschätzung der Schönheit steht". Aids stellt in diesem Gedankengebäude eine "fakultative Todesstrafe auf sexuelle Selbstbestimmung" dar, ein Instrument, dessen Zweck "die Massentötung aller sexuellen Nicht-Duckmäuser und die sexuelle Verzweigung des Restes" ist. Konsequenterweise wird daher die Zwangstäotwierung Aidskranker, im beim Geschlechtsverkehr sichtbaren Schambereich oder auf dem Hintern gefordert. Dies verstößt kraß gegen die Menschenwürde und erinnert ebenso wie eine gewisse AusländerInnenfeindlichkeit an nazistische Vorgehensweisen.

Wie weit die AnhängerInnen des Bundes zur Verbreitung unerwünschter Einsichten konkret gehen würden, ist schwer zu sagen; Hoevens Satz "Der üble Tod des Übelen ist schön - und nicht nur auf dem Theater" hat einen bedenklichen Zug faschistischer Ästhetik und läßt Schlimmes erwarten.

Kirsten

Ach du unheilbares Deutschland

Wer meint was mit "Wiedervereinigung"?

Über "Deutschland" wird in der letzten Zeit sehr viel geredet; meist wird dabei (stillschweigend oder lauthals) vorausgesetzt, früher oder später (eher früher) werde aus der DDR schon ein adretter, marktwirtschaftlich organisierter Staat werden. Kein Wunder, wenn Unterstützung nur unter dieser Vorbedingung gewährt wird!

Die Fachschaft Math/Phys veranstaltet am nächsten Dienstag, 19.12., um 19 Uhr im Großen Hörsaal des Physikalischen Institutes (Philosophenweg 12) eine Diskussion über das Thema "Deutsche Zweistaatlichkeit", vermutlich zusammen mit zwei Studis aus Magdeburg. Zu dieser Diskussion hat sie das folgende The-senpapier verfaßt:

Spätestens seit dem 18. Oktober, dem Tag, an dem Erich Honecker abgesetzt wurde, ist die Deutschlandpolitik das beherrschende Thema in den Medien. Dabei erwecken fast alle Parteien und auch die Medien den Eindruck, die Bürger der DDR und der BRD seien der Meinung, daß die Wiedervereinigung nur noch eine Frage der Zeit sei. Wir sind der Meinung, daß gerade in dieser Frage noch ein sehr großer Diskussionsbedarf besteht, da die Gründe dafür in eher unhinterfragten nationalistischen Bestrebungen liegen, während eine rationale Diskussion darüber kaum stattfindet.

Was ist das, Wiedervereinigung?

- Recht auf Wohnung und bezahlbare Mieten?
- Recht auf Arbeit?
- Kostenlose medizinische Versorgung?
- Ausreichende Kindergartenplätze, die auch eine Berufstätigkeit der Eltern ermöglichen?
- Abschaffung des § 218 und der Homo sexuellenverfolgung.
- Niedrige Lebenshaltungskosten und billige öffentliche Verkehrsmittel?
- Abschaffung des dreiklassigen Schulsystems?
- Bafög auf Stipendienbasis für alle?
- Studentische Mitbestimmung in den Universitätsgremien?

Von all diesen Punkten war bisher bei bundesdeutschen Wiedervereinigungsrhetorikern nichts zu vernehmen. Nach deren Ansicht wird aber unter Wiedervereinigung ein Export des BRD-Systems in die DDR verstanden.

Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, welch verheerende Folgen deutscher Nationalismus und Großmachtphantasien für Europa und nicht zuletzt auch für uns hatten.

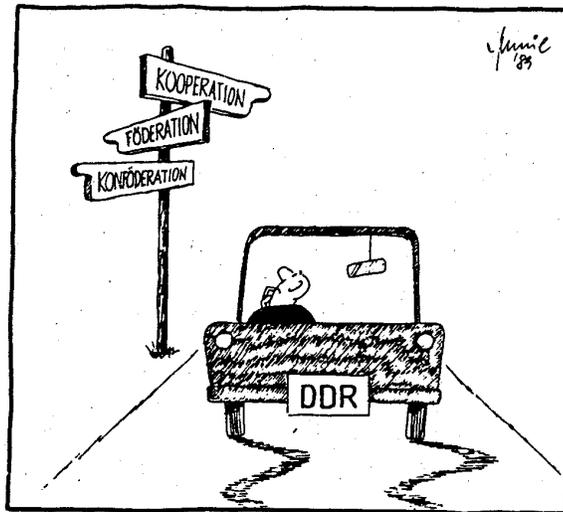
Es ist unbestritten, daß die wirtschaftliche Entwicklung der DDR hinter der der BRD hinterherhinkt, doch das allein ist wohl noch nicht Grund genug, genau unser System kopieren zu wollen. Von allen Seiten wurde bisher das Selbstbestimmungsrecht als höchstes Gut hervorgehoben. Genau das müssen wir auch den BürgerInnen der DDR zugestehen. Das Volk der DDR hat es geschafft, in einer friedlichen Massenbewegung die Grundlagen für eine neue Entwicklung ihres Landes zu schaffen; eine bisher einmalige Leistung in Deutschland. Noch vor jeder Diskussion greift die Bundesregierung in genau dieses Selbstbestimmungsrecht ein, indem sie versucht, über wirtschaftlichen Druck die Entwicklung zu bestimmen und vollendete Tatsachen zu schaffen.

In der DDR gibt es jetzt die Möglichkeit, frei von Fremdbestimmung eine

neue sozial gerechte solidarische Gesellschaft aufzubauen. Mit finanzieller Hilfe aus dem Westen wird die DDR es schaffen, das Wirtschaftssystem dahingehend zu ändern, daß sie die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung befriedigt, ohne die ökologischen Probleme, die Ausbeutung der 3. Welt, Konkurrenzdenken und die sozialen Ungerechtigkeiten zu übernehmen.

Um der DDR eine eigene Entwicklung zu ermöglichen, halten wir für erforderlich:

- Anerkennung der DDR als souveränen Staat und Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft
 - Gesetzliche Festschreibung der bestehenden (deutsch-deutschen und polnischen) Grenzen
 - Abschaffung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes und der Obhutspflicht gegenüber Staatsbürgern anderer Nationen
 - Sofortige Wirtschaftshilfe ohne Vorbedingungen, um einen Ausverkauf der DDR zu verhindern
 - Stützung des Reformprozesses in der DDR
- Andre, Bernd, Micha, Klaus



Studis 2. Klasse?

AusländerInnen: Für die sowieso schon Benachteiligten wird's noch schwerer

Obwohl Innen- und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern am 20.7.1989 feststellten, daß zur Förderung der Interessen der BRD "für Ausländer der Zugang zu einem Studium im Bundesgebiet auch ausländerrechtlich vereinfacht und beschleunigt werden (soll)", sieht es realiter anders aus: AusländerInnen dürfen nur während der Semesterferien arbeiten, ihnen wird der Familiennachzug erschwert. Die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt sind für Studierende aus ärmeren Ländern oft nicht bezahlbar, Wohnheimplätze Mangelware. In Rheinland-Pfalz gibt es seit diesem Jahr sogar eine Maximalquote von 15% Belegung durch AusländerInnen.

Anfang des Jahres einigten sich die Ausländerreferenten des Bundes und der Länder auf eine schärfere Überwachung ausländischer Studierender. Insbesondere sollen der Fachrichtungswechsel erschwert und die Einhaltung der Regelstudienzeit - die hochschulrechtlich (noch?) nicht verpflichtend ist - kontrolliert werden. In Hessen sammeln die Ausländerbehörden hierzu inzwischen gezielt Daten. Abzuwarten ist, was BaWü unternommen wird; abzuwarten auch, ob das, was jetzt eine Minderheit Studierender betrifft, nicht auf deren Gesamtheit ausgedehnt werden wird.

Kirsten

Fortsetzung von "Forschen..."

Württembergische Hochschulpolitik sein. Um so wichtiger ist es, sich kritisch mit ihm auseinanderzusetzen, Mängel aufzudecken und Gegenvorschläge zu artikulieren. Wer Lust hat, daran mitzuarbeiten, kann sich dem Arbeitskreis "FoKo 2000" anschließen; er trifft sich das nächste Mal am 14.12. um 20 Uhr im Kasträ, Lauerstr. 1.

Thorsten